

Ziel muss vielmehr eine „Re-kulturation“ der Religionen sein, d.h. eine „vorbehaltene Solidarität mit einer plural gewordenen Kultur“ (61).

Auch für *Anton van Haskamp* (Religion und Individualisierung. Ist theologische Ideologiekritik überholt?, 67–89) steht die fundamentale Verbindung von Religion und Kultur außer Frage. Gerade angesichts der spätmodernen Religiosität und Quasireligiosität muss aber von theologischer Seite gefragt werden, wie mit den Widersprüchlichkeiten menschlicher Existenz, insbesondere mit dem Phänomen der Endlichkeit umgegangen wird. Nur ein angemessener Umgang damit ermöglicht nämlich die Wahrnehmung geschöpflichen Leidens und menschlicher Widersprüchlichkeit.

Die Beiträge von *Jean-Pierre Wils* (Religion – nach der Post-Moderne, 91–106) und *Dietmar Mieth* (Die Fremdheit Gottes in Mystik und Moderne, 107–122) konvergieren in ihrer Ablehnung einer „dogmatisch-kontrollierten“ (105) bzw. „theoretischen“ (121) Religiosität und fordern demgegenüber einen Primat des Ethischen bzw. des Praktischen, das allein in der Gegenwart noch so etwas wie eine Erfahrung von Transzendenz ermöglicht. Beide kommen, wenn auch auf unterschiedlichem Wege, zu der Feststellung, dass die Entwicklung von der (Vor)moderne zur Spät- bzw. Postmoderne nicht zu einem Verschwinden von Transzendenz und Religiosität, wohl aber mit der Transformation beider einhergegangen ist.

Es mag am Charakter des Symposiums liegen, dass ein Teil der Beiträge das Thema „Gewalt und Beliebigkeit“ nicht oder nur zum Teil aufnimmt, so dass der Titel des Buches ein wenig

irreführend ist und die Zusammenstellung der Aufsätze etwas willkürlich erscheint. Wer etwa eine fundierte Auseinandersetzung mit Fragen des interreligiösen Dialogs oder konkrete Lösungsvorschläge für die Formulierung religiöser Wahrheitsansprüche erwartet, wird nach der Lektüre ein wenig ratlos dastehen. Die Ablehnung religiöser Gewalt in jeder Form wird in allen Beiträgen deutlich; eine ebenso konsequente Ablehnung religiöser Beliebigkeit wäre wünschenswert gewesen. Gleichwohl: die verschiedenen Analysen des Phänomens spätmoderner Religiosität sind zum Teil durchaus lesenswert und mindestens als Einstieg in die Problematik gut geeignet.

Sven Evers

*Bernd Schäfer*, Staat und katholische Kirche in der DDR. Verlag Böhlau, Köln 1999. 501 Seiten. Gb. EUR 45,-

Eine Arbeit, die ihresgleichen sucht! Nicht nur, weil dieses Buch erstmals einen systematischen Überblick über das Verhältnis von Staat und römisch-katholischer Kirche in der SBZ/DDR für den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1989 gibt. Sondern mehr noch, weil zum einen die Auswertung umfangreicher Bestände des Ministeriums für Staatssicherheit sowie anderer staatlicher und politischer Organe neue Erkenntnisse über Kontinuität und Wandel der Kirchenpolitik der SED liefert und zum anderen sich durch die Einbeziehung bisher unbekannter kirchlicher Archivbestände sowohl innerkirchliche Konflikte wie auch verschieden gear- tete Spielarten der Kooperation zwischen Staat und Kirche nun detailliert nachzeichnen lassen.

Die zentrale Fragestellung dieses Buches konzentriert sich auf die Inter-

aktionen zwischen Staat bzw. herrschender Partei auf der einen und katholischer Kirche auf der anderen Seite. Thematisiert und illustriert werden sie durch die Untersuchung der Wechselwirkungen in ihren jeweiligen Ausprägungen. Auch die Diskrepanzen zwischen öffentlichem Agieren und interner Diplomatie in den staatlichen wie den kirchlichen Strukturen werden aufgezeigt, so wie sie sich aus dem unterschiedlichen Selbstverständnis und dem Zwang zur Realpolitik ergaben. In der Darstellung nicht explizit zitiert sind dabei zahlreiche persönliche Hintergrundgespräche, die der Autor zwischen 1990 und 1997 mit vielen kirchlichen und teils auch mit staatlichen Zeitzeugen geführt hat – zumeist auf der Grundlage vorheriger Aktenkenntnisse. Aufgrund seiner Erfahrungen ist der Autor davon überzeugt, dass solche Hintergrundgespräche „mehr zur Erhellung bestimmter Vorgänge beitragen, als wenn Zeitzeugen, zumal solche mit leitenden Funktionen, um zitierfähige Aussagen gebeten werden“ (27). Die chronologische Gliederung der Darstellung folgt einer Periodisierung der allgemeinen politischen Entwicklung in der SBZ/DDR.

Unter der Überschrift „Strukturierung und Konsolidierung“ wird der Zeitraum von Mitte 1945 bis zum Aufstand in der DDR im Juni 1953 behandelt und damit die Gründung der DDR im Oktober 1949 als nur scheinbarer Einschnitt relativiert. Denn der Beginn eines ostdeutschen Separatstaates durch den „Aufbau des Sozialismus“ lässt sich spätestens auf Ende 1947 datieren. Die Niederschlagung des Aufstandes vom Juni 1953 durch die Sowjetunion markiert eine Zäsur in der Frühgeschichte der DDR, weil dadurch ihre

Existenz vorbehaltlos und dauerhaft durch militärische Protektion garantiert war. Zu dieser Zeit waren die kirchenpolitischen Organisationsstrukturen von Staat und Parteien naturgemäß noch unterentwickelt; andererseits dachte die katholische Kirche noch völlig in gesamtdeutschen Zusammenhängen und war strukturell noch wenig an die Entwicklung in der SBZ/DDR angepasst. Durch den im Juli 1952 darin staatsoffiziell proklamierten „Aufbau des Sozialismus“ wurde vor allem die Jugend- und Hochschularbeit der Kirchen einer bewussten Liquidierungsstrategie ausgesetzt. Auf solche Entwicklungen war man wenig vorbereitet: „Das nach der NS-Zeit in der katholischen Kirche in Westdeutschland und Westberlin bruchlos fortgesetzte Denken in Kategorien einer verbindlichen staatlichen Absicherung des kirchlichen Status quo durch vorhandene und neu auszuhandelnde Verträge und Verfassungsbestimmungen wurde in der katholischen Kirche in der SBZ/DDR durch die unverhohlene Rechtsunsicherheit und Unberechenbarkeit der SED-Politik in einem weltanschaulich parteilichen Staat gezwungenermaßen einem Lernprozess unterworfen“ (67). Dass zu dieser Zeit mit Bischof Wilhelm Weskamm ein Mann zur Verfügung stand, der als Vorsitzender der Berliner Ordinarienkonferenz (BOK) – ehemals Weihbischof in Magdeburg – trotz eines Westberliner Wohnsitzes von den Ordinarien auf dem Gebiet der SBZ als Sprecher ebenso selbstverständlich akzeptiert wurde wie seine grundsätzliche Vorstellung, auch in der Diaspora der DDR kirchlich arbeiten zu können, muss aus heutiger Sicht als absoluter Glücksfall – um nicht den theologischen Begriff der „providentia dei“ zu

bemühen – betrachtet werden. Zustimmung zitiert Schäfer hier den Erfurter Kirchenhistoriker Josef Pilvousek: „Mit Weskamm begann die katholische Kirche in der DDR die vorgegebene politische und gesellschaftliche Situation realistischer zu sehen und anfanghaft darauf zu reagieren. Indem er aber die Situation der Kirche in der gesamten DDR als Diaspora begriff und Diaspora als Existenzweise der Kirche theologisch bejahte, in ihr sogar die Chance für ein ‚mündigeres‘ Christentum sah, nahm er eine Weichenstellung für eine Entwicklung der Kirche vor, die schließlich zur ‚Kirche in der DDR‘ wurde“ (75).

Begünstigt wurde diese Entwicklung sowie deren Akzeptanz zunächst durch den „Neuen Kurs“, der im Juni 1953 nach Stalins Tod aus Moskau oktroyiert worden war und der auch der SED einen kirchenpolitischen Strategiewechsel aufnötigte. In die Jahre von 1953 bis 1957 fällt auch die Strukturierung der kirchenpolitischen Apparate in der Trias Partei – Staatssicherheit – Staatsorgane mit der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen als maßgebender zentraler Einrichtung. Dass Schäfer diesen Zeitraum mit „Stabilisierungsversuche und Konflikte“ überschreibt, hat sein gutes Recht in dem Dauerkonflikt vor allem mit der katholischen Kirche um die in dieser Zeit eingeführte Jugendweihe, die trotz heftiger kirchlicher Proteste erstmals 1955 praktiziert wurde. Nahezu während der gesamten Folgezeit erschien der katholischen Kirche die Jugendweihe als das geeignete Feld, um exemplarisch für „weltanschauliche Klarheit“ gegenüber der SED zu sorgen. Hinzu kommt, dass der Meißener Bischof Otto Spülbeck – nach dem

Tode Weskamms wichtigster Repräsentant der BOK – nicht zuletzt unter dem Eindruck des Aufstandes von 1953 und der Ereignisse in Ungarn von 1956 den theologischen Begriff der Diaspora anders akzentuierte: „Wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten ... Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus. Wir leben also nicht nur kirchlich in der Diaspora, sondern auch staatlich“ (110).

Dieses sich herausbildende Kirchenbewusstsein bildete dann auch die Unterfütterung eines sich Ende der fünfziger Jahre anbahnenden kirchenpolitischen Paradigmenwechsels unter Kardinal Bengsch. Grundsätzlich bestand dieser in der Betonung einer seelsorgerlichen Aufgabe der Kirche in der DDR unter Verzicht auf öffentliche politische Äußerungen jeder Art und dem Bemühen, durch Gespräche mit der Regierung in Ost-Berlin einen „modus vivendi“ zu erreichen. Seine Bewährungsprobe bestand dieser Paradigmenwechsel in der Phase des Mauerbaus 1961, als deutlich wurde, wie die Behandlung der katholischen Kirche nach dem Mauerbau von der SED-Führung als bewusster Kontrast zum Umgang mit der evangelischen Kirche inszeniert wurde, deren in Ost-Berlin wohnender Präses Kurt Scharf, seit Februar 1961 EKD-Ratsvorsitzender, am 31. August nach einer Ausreisegenehmigung zu einer Ratssitzung in Westberlin nicht mehr in den Ostteil der Stadt zurückkehren durfte. Mit diesem Kurs der politischen Abstinenz und einem damit demonstrierten Mindestmaß an Loyalität gegenüber dem Staat in Form des Verzichts auf kritische öffentliche Äußerungen konnte Kardi-

nal Bengsch und damit die Kirche in der DDR über den Zugang nach West-Berlin in ständiger Verbindung mit der Bundesrepublik Deutschland und dem Vatikan bleiben. Verstand die katholische Kirche ihre politische Zurückhaltung selbst als kluge Taktik, um den legalen Spielraum für die Kirche maximal auszunutzen und ihn nicht durch Konflikte zu gefährden, so wurde für den Staat diese „politische Abstinenz“ vom ursprünglichen Ärgernis sehr bald zum bevorzugten Modell einer staatlichen Kirchenpolitik – nicht zuletzt aufgrund ihres selbstdisziplinierenden Effektes in der Kirche. Eine gewisse Konvergenz von Interessen bei ansonsten unterschiedlichsten Auffassungen zwischen Kommunisten in Staat und Partei auf der einen und dezidierten Antikommunisten in kirchlichen Chefetagen auf der anderen Seite ergab sich in sehr unterschiedlichen Bereichen. Mag diese noch skurril anmuten, wenn man sich einig war, gemeinsam gegen die Schädlichkeit des Westfernsehens vorzugehen, so löst es schon durchaus beklemmende Gefühle aus, wenn es etwa um die Beschneidung der Bewegungsfreiheit theologischer nachkonziliarer Tendenzen ging ... Die ganze Ambivalenz öffentlicher politischer Abstinenz angesichts des parallelen Balanceaktes beauftragter Kontakte mit der Staatssicherheit wurde besonders dann offenbar, wenn ein konkreter Beauftragter politische Ambitionen hatte sowie gleichzeitig in der Kirche Einfluss nehmen wollte und dazu gezielt Wissen austauschte. Nachdenklich machende, ja bedrückende Beispiele finden sich bei Schäfer zuhauf – jeder Insider wird hier auf vertraute Persönlichkeiten stoßen ... Die hier geschilderte Verfahrensweise im wechselseitigen Umgang

miteinander bildete – mutatis mutandis – den roten Faden in den Kirche-Staat-Beziehungen bis zum Ende der DDR. Immer dann allerdings wurde diese Geschäftsgrundlage vor harte Bewährungsproben gestellt, wenn die allgemeine Gemengelage verkompliziert wurde durch Faktoren, die sich den Steuerungsmechanismen entzogen. Während der Dekade von 1961–1971, in der sich die DDR auf dem Wege zur internationalen Anerkennung befand und danach dann in der Zeit, als die DDR als völkerrechtlich souveräner Staat existierte, waren dies insbesondere zwei Faktoren. Zum einen politische Vorgänge mit durchaus stabilisierender Wirkung für die Kirche in der DDR: so etwa die von der DDR-Regierung weitgehend richtig eingeschätzte und geschickt genutzte Ostpolitik des Vatikans mit dessen Strategie, über die DDR mit deren besonderem Staat-Kirche-Verhältnis Fortschritte für die gesamte römische Osteuropa-Diplomatie erreichen zu können; diese Ostpolitik musste immer dann zu Irritationen führen, wenn sie kollidierte mit den Interessen einer von und in der BRD verfolgten auch kirchenpolitisch gesamtdeutsch orientierten Zielsetzung und deren Protagonisten auch in der DDR. Zum anderen Entwicklungen, die direkt oder indirekt mit dem II. Vatikanischen Konzil und seinen Folgeerscheinungen zu tun haben: so etwa, wenn sich – gegen den Kurs der öffentlichen politischen Abstinenz Forderungen erhoben nach einer öffentlichen Kritik am System der DDR einerseits, verbunden mit kritischem Engagement in der sozialistischen Gesellschaft andererseits. Oder wenn sich das Bewusstsein einer „katholischen Identität in der Diaspora“ – unter dem Ein-

druck der Dauerhaftigkeit des sozialistischen Blocks in Osteuropa und damit der DDR – allmählich weiterentwickelte zu einem Gefühl und Erleben von „Heimat“, das nicht nur lokal oder individuell geprägt war. Die „pastorale Standortbestimmung“ einer „Kirche in unserem Raum“ formulierte der Erfurter Bischof Joachim Wanke 1981 folgendermaßen: „Dieses Land ist nicht mein Los, sondern es ist meine Heimat ... Wir wollen auch hierher gehören, nicht weil wir nicht anders können, sondern weil wir um dieses Landes willen, um seiner Menschen willen einen Weg suchen wollen, um das Evangelium Jesu Christi auf mitteldeutsch zu buchstabieren“ (388).

Kritik am Staat sowie an den Kirchenstrukturen bei gleichzeitiger Loyalität dem Land gegenüber wie auch der Botschaft des Evangeliums: diese Gemengelage war nicht immer leicht zu differenzieren und sensibel zu beurteilen – sie bot häufig Anlass zu Missverständnissen und Irritationen und sie war die Ursache für mancherlei Abwehrreaktionen, gespeist aus der Angst einer ideologischen Wagenburgmentalität. Das durchaus betroffen machende Ergebnis seiner umfangreichen Recherchen fasst Bernd Schäfer pointiert so

zusammen: „Die in ihrer Kirche fest beheimateten ‚Dissidenten‘ ließen sich von der SED nur sehr selten gegen ihre Kirchenleitungen nutzen, einige Vertreter der Kirchenleitungen dagegen durchaus zur Neutralisierung ihrer eigenen (Dissidenten““ (458). Die Irrungen und Wirrungen beim Staat-Kirche-Verhältnis in der ehemaligen DDR sind für Außenstehende kaum nachvollziehbar. Umso verdienstvoller ist es, dass und wie Bernd Schäfer dieses Beziehungsgeflecht nachzeichnet und Entwicklungslinien systematisch darstellt und so dem kirchlich-politisch-historisch interessierten Zeitgenossen das komplexe Geschehen plausibel erschließt. Weil er dies ohne Moralisierung und urteilende Wertungen tut, ist seine Darstellung hervorragend geeignet für eine rückblickende Aufarbeitung und als unumgängliche Grundlage eben für eine historisch gerechte Urteilsbildung. Dass ein gründlicher Einblick in diese vielfach verschlungene Problematik Sensibilität erweckt bei gegenwärtigen in Konflikten stehenden Entscheidungsträgern und ebenso auch im Hinblick auf solche – zu wünschen wäre dies allemal ...

*Wieland Zademach*